

## ***Wie viel kostet uns der BER?***

### ***Eine Annäherung an die Wirklichkeit***

Dem Tagesspiegel sei Dank!

Nach unserem Wissen wird erstmalig nun die wahre Rechnung über das BER-Pleiteprojekt aufgemacht. Die Fakten, immer schon seit Jahren von Dr. Frank Welskop („BBI ein neuer Berliner Bankenskandal“) und in Kommentaren der „Neuen Aktion“ (NA) ([bitte einige Links zum Thema...](#)) niedergeschrieben, nähern sich langsam an. Allerdings weist die Rechnung des Tagesspiegels noch Lücken auf, weil die Folgen von Zins- und Tilgungslasten über Jahrzehnte nicht eingerechnet sind. Nach Tagesspiegel, eingeschlossen ein weiterer Kapitalbedarf von 1,1 Mrd. Euro, würden sich dann **die Kosten auf ca. 5,7 Mrd. Euro belaufen**. Die jährliche Belastung aus Zins und Tilgung gibt der Tagesspiegel mit 100 Mio. Euro an.

### **Was fehlt in der Kostenrechnung?**

Die Kosten für den Grunderwerb einschließlich der Verluste aus dem Kauf/Verkauf des Baufelds/Ost, alle Kosten der Straßen- und Schienenanbindung/Bahnhof und alle Erschließungskosten (Strom, Wasser, Abwasser) sind nicht eingeflossen.

Ob die Kosten für ruchlose, verlogene und volksverdummende Propaganda, Genehmigungsverfahrenskosten, Anwälte/Notare, Gutachten und Versicherungen schon in einen Kostenblock eingehen oder nicht, muss offen bleiben. Ebenso ist noch nicht zu ermitteln, wo die Endkosten für alle Baumaßnahmen „im Zaun“ liegen werden.

Dazu dann die Kosten für Schadenersatzansprüche vieler Unternehmen, die genötigt waren, ihr Investment am BER für den Start 2011 einzusetzen, und die bisher die zunächst - neben dem Steuerzahler - einzigen Verlierer sind.

NA wird es nicht wundern, wenn spätestens durch Große Anfragen die dann vom Berliner Senat anzugebenden Kosten die 8 Mrd.-Euro-Grenze weit überschreiten.

### **Das dicke Ende kommt noch**

Das endgültige Aus für alle Lügen und Spinnereien über einen wirtschaftlichen BER sind dann die Folgekosten eines unwirtschaftlichen Betriebs bzw. aus den Kreditbelastungen. Wenn, wie Tagesspiegel meint, jetzt schon die Belastung aus dem Schuldendienst 100 Mio. Euro/Jahr ausmacht, dann ist absehbar, dass durch die noch folgenden Kreditaufnahmen diese Belastung bei, konservativ gerechnet, sicherlich 250 Mio. Euro/Jahr liegt. Wie diese Belastung aus dem Umsatz des Geschäftsbetriebs der Flughafengesellschaft (FBB) gezahlt werden soll, ist nicht klar. Bei einem Jahresumsatz nach Inbetriebnahme um 300 Mio. Euro und moderater Steigerung in den Folgejahren müssten dann 2/3 des Umsatzes für die Tilgung erhalten. Ein Unding, denn für 100 Mio. Euro ist der BER nicht zu betreiben. Es kommt, wie NA schon immer dargestellt hat, zu noch von der EU zu genehmigenden Subventionen durch die Gesellschafter in einer Größenordnung von bis zu 200 Mio. Euro /Jahr aus den Haushalten von Bund, Berlin und Brandenburg.

### **Das Urteil: BER ist auch wegen der Kosten ein Verbrechen**

Zu Recht kann der Steuerzahler hier von einem Verbrechen wegen Diebstahls an seinem erwirtschafteten Vermögen sprechen. Natürlich sind die Folgen wie gesundheitliche Schäden für Zehntausende, Lärm und gestörte Nachtruhe, Entwertung von Immobilieneigentum, die eintretenden Gesundheitsschäden hauptsächlich für die Kinder, die Zerstörung des Lebensumfeldes und der Erholungsgebiete ein Schwerverbrechen. Verantwortlich sind hier wie auch für den Raub von Steuergeldern - neben den üblichen Verdächtigen in FBB- Geschäftsführung und Aufsichtsrat - die Abgeordneten, die dem Bau des BER am falschen Standort, finanziert mit öffentlichen Geldern, seit dem Jahr 2000 immer fleißig zugestimmt haben.

**Es gehört aber zur Redlichkeit auch der Hinweis, dass weder direkt Betroffene noch Steuerzahler bisher so gegen die ihnen zugemuteten Schäden aufbegehrt haben, dass den Verantwortlichen „Hören und Sehen“ vergangen wäre. Dass man als Bürger das kaputt machen kann und muss, was einen sonst selbst kaputt macht, gehört noch nicht zum Handlungswillen der Betroffenen. Mit Wattebäuschchen kommt man aber Politikern nicht bei, die von „sozial“, von „Recht“, von „Schutz und Würde“ reden, in der Praxis aber diese Werte zum Erhalt ihrer Posten mit Füßen treten.**

Redaktion

Neue Aktion (NA)

## **Anhang Tagesspiegel**

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/unlieb-und-teuer/9044690.html>

Berlin

Unlieb und teuer

08.11.2013 00:00 Uhr

von Ulrich Zawatka-Gerlach

Der BER kostet allein die Berliner Steuerzahler mehr als eine Milliarde Euro. Hinzu kommen Kredite, die die Flughafengesellschaft belasten. Eine Übersicht.

Ganz schön wenig los am neuen Flughafen. Wer sich auf den Weg zum BER macht, kann sich entspannen. Viel Verkehr kommt einem hier nicht entgegen. Foto: Imago - FOTO: IMAGO STOCK&PEOPLE

Der Eindruck der Steuerzahler, dass ihr sauer verdientes Geld beim Großflughafen BER in beliebiger Höhe und unkontrolliert in ein schwarzes Loch fließt, ist falsch.

Aber es ist richtig, dass der Hauptstadt-Airport bis zur Begleichung der letzten Rechnung öffentliche Gelder in Milliardenhöhe kosten wird. Bundesweit, aber vor allem in Berlin und Brandenburg. Denn beide Länder sind zu jeweils 37 Prozent an der Flughafengesellschaft beteiligt, der Bund mit 26 Prozent.

Richtig ist auch, dass der Überblick schnell verloren geht, was das größte Infrastrukturprojekt der Region bisher gekostet hat und wer für die hohen Ausgaben aufkommen muss.

Ganz zu schweigen von der nach wie vor spekulativen Frage, was der Flughafen bis zur Eröffnung noch zusätzlich kosten wird. Dies ist ein Versuch, den Nebel zu lichten.

WAS ZAHLTE BERLIN BISHER?

***Bis 2010, als die Welt noch in Ordnung war, waren schon 308 Millionen Euro***

**allein aus dem Berliner Landeshaushalt in Planung und Neubau des Airports geflossen. Und zwar seit 1999. Es handelte sich dabei um Kapitalzuführungen, Zuschüsse und Darlehen, die später in Eigenkapital umgewandelt, also nie zurückgezahlt wurden. Der Bund und Brandenburg beteiligten sich, entsprechend ihrem Gesellschafteranteil, mit vergleichbaren Beträgen an der Kapitalaufstockung. Das gemeinsame Ziel: „Die Ausstattung der Gesellschaft mit einem angemessenen Eigenkapital für die Aufnahme von Fremdkapital.“ Denn der Neubau sollte zum größten Teil über Bankkredite finanziert werden, die die Flughafengesellschaft langfristig aus eigenen Mitteln zurückzahlen muss. Dazu gleich mehr.**

**Nach dem Desaster um die Nichteröffnung von BER sahen sich die Eigentümer Bund, Berlin und Brandenburg 2012 gezwungen, das Unternehmen mit weiteren 1,2 Milliarden Euro auszustatten, um es mittelfristig vor der Insolvenz zu retten. Und um den Flughafen doch noch fertigzustellen. Von dieser Finanzspritze musste Berlin zulasten des Landeshaushalts 444 Millionen Euro übernehmen. Bis Ende 2013 rief die Flughafengesellschaft von der Gesamtsumme 260 Millionen Euro ab. Davon entfallen auf Berlin 96 Millionen Euro. Der große Rest schlummert in einer Rücklage und wird voraussichtlich bis Ende 2014 reichen.**

**Sollten die Gerüchte stimmen, dass der Problem-Bau um weitere 1,1 Milliarden Euro teurer wird und letztlich 5,7 Milliarden Euro kostet, müssten die drei staatlichen Gesellschafter erneut einspringen. Dann müsste Berlin noch einmal 400 Millionen Euro Steuergelder zuschießen. Dies soll, 2014 oder im übernächsten Jahr, in einem Nachtragshaushalt geregelt werden. Der Senat hofft, den hohen Betrag aus bisher nicht eingeplanten Steuermehreinnahmen bezahlen zu können. Denn die Wirtschaft boomt. Dann müsste weder gespart noch müssten neue Schulden aufgenommen werden.**

#### **WER ZAHLT NOCH FÜR DEN BER?**

**Mit insgesamt acht Banken wurden 2009 drei Kreditpakete abgeschlossen: 1,4 Milliarden Euro über zehn Jahre und eine weitere Milliarde über 20 Jahre Laufzeit. Dieser Kreditrahmen ist inzwischen ausgeschöpft. Die Zinsen belasten die Flughafengesellschaft mit über 100 Millionen Euro pro Jahr. Das schlägt voll auf die Bilanz, zumal ursprünglich geplante Einnahmen aus dem laufenden Betrieb bis zur Eröffnung nicht anfallen. Und zusätzliche Kosten entstehen. Das gilt beispielsweise für Start- und Landegebühren, aber auch für Vermietung von Gewerbeflächen. Die Angaben darüber, was die Nichteröffnung von BER monatlich kostet, schwanken zwischen 15 und 35 Millionen Euro. Offen ist auch, ob das Unternehmen dies dauerhaft aus eigener Kraft finanzieren kann.**